

„Alternative Fakten“. Über Wahrheit und Lüge in der Politik

Mit dem Lügenvorwurf gegen Politiker ist man heute schnell zur Hand, und meistens auch zu recht. Aber politisches Handeln unterliegt anderen Grundsätzen als der private Umgang; und generell waren Philosophen wie Theologen seit der Antike erstaunlich milde in ihrer Bewertung der öffentlichen Lüge. Viel problematischer als die individuelle Lüge des Politikers sind jene sich auf Fakten, auf Statistiken, auf Modellierungen berufenden Wahrheits-simulationen, welche die klassischen Ideologen als Legitimationsgrund von Herrschaft abgelöst haben.

Bitte beachten Sie:

Das Typoskript ist ausschließlich zum privaten Gebrauch und für nicht-kommerzielle Zwecke bestimmt. Jede Vervielfältigung oder Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers und der Kontrafunk AG.

Kontrafunk – Audimax. Das Kontrafunkkolleg
Sendetermin: Sonntag, 24. August 2025

Der Präsident und die Wahrheit

Am 20. Januar 2017 wurde der 45. Präsident der Vereinigten Staaten in sein Amt eingeführt. Damit begann die große Zeit der Faktenchecker, die dem neuen Präsidenten vom zweiten Tag seiner Amtszeit an eine Lüge nach der anderen nachweisen konnten. Am zweiten Tag nämlich schaute der Präsident auf den Festakt des vorangehenden Tages zurück und behauptete, dass es zuerst geregnet hatte und dass es dann, kaum hatte er das Rednerpult betreten, richtig sonnig geworden sei. Faktenchecker stellten fest, dass die Sonne nicht geschienen habe und dass auch nicht so viele Menschen anwesend gewesen sein können, wie der Präsident glaubte gesehen zu haben. Wieviel es tatsächlich waren, wissen weder der eine noch die anderen. Die Pressesprecherin des Präsidenten prägte darauf den Begriff der „alternativen Fakten“, der seitdem eine enorme mediale Karriere machte und den Hohn der Weltpresse auf sich zog. Denn Fakten seien nun mal Fakten, hieß es, und an Fakten können könne man nicht deuteln – entweder es regnet oder es regnet nicht: „tertium non datur“, ein Drittes gibt es nicht, hatte schon Aristoteles gesagt. Ob

es wirklich eine bewusste Lüge war oder nur die verklärte Erinnerung an einen persönlichen Festtag, wird man nie erfahren. Aber dass Menschen sich ihre Erinnerungen so zurecht legen, wie sie die Ereignisse gerne gehabt hätten, ist eigentlich kein neues Phänomen. Problematisch wird es erst, wenn Menschen von Staats wegen gezwungen werden, ihre eigene sinnliche Wahrnehmung zu verleugnen und an eine Hitzewelle zu glauben, wenn es eiskalt ist und eine Frau sehen zu müssen, wenn man einen Mann vor sich hat.

Rhetorik und öffentliche Rede

Den Ruch des Lügners ist der amerikanische Präsident auch in seiner zweiten Amtszeit nicht mehr losgeworden, und mit seiner vollmundigen Art hat er auch wenig ausgelassen, was diesen Ruf festigen könnte. Aber ob man jede seiner offenkundig unwahren oder doch zumindest maßlos übertriebenen Aussagen gleich als „Lüge“ bezeichnen muss, ist eine andere Frage. Denn zwischen der Unwahrheit in der öffentlichen Rede und im privaten Gespräch gibt es einen substanziellen Unterschied. Die Lüge in der öffentlichen Rede unterliegt anderen Gesetzen als die Lüge im privaten Umgang. Bei dem, was die Faktenchecker in ihrer Unbildung als „Lügen“ des Präsidenten bezeichnen, handelt es sich überwiegend um die altbewährte rhetorische Figur der „Hyperbel“, der Übertreibung, eine Unwahrheit, von der alle Beteiligten, der Sprecher wie die Hörer, wissen, dass es eine Unwahrheit ist.

Seit zweieinhalbtausend Jahren hegt man gegen die öffentliche Rede den Generalverdacht, dass sie unehrliche Rede sei. Denn vor zweieinhalbtausend Jahren begann in Griechenland die lange, bis ins 18. Jahrhundert hinein reichende und enorm wirkungsmächtige, das geistige Leben beherrschende Tradition der „Rhetorik“. Über Jahrhunderte hinweg entwickelte sie sich zu einer ausgefeilten immer weiter verfeinerten Systematik des öffentlichen Redens in seinen Erscheinungsformen als politische Rede, als Gerichtsrede, als Predigt und als Festrede. Das Ziel dieser Rede ist nicht die Wahrheit, sondern die Überzeugung; und überzeugt werden die Adressaten durch Belehrung, Unterhaltung und Erregung der Gefühle: docere, delectare und movere.

Spätestens seit Platon hat diese Form des Redens aber einen schlechten Ruf. „Rhetorik“, so lautete sein nicht ganz berechtigter Vorwurf, sei die Kunst der Sophisten, jener Parteivertreter vor Gericht, die gegen Geld jede beliebige Sache

vertreten. Platon legte seinem Sokrates – der selbst einer der Sophisten gewesen war – in den Dialogen „Gorgias“ und „Sophistes“ jene Fundamentalkritik an der sophistischen Rhetorik in den Mund, die bis heute zu deren schlechtem Ansehen beigetragen hat. Die öffentliche Rhetorik sei scheinheilig und populistisch, sie sage, was die Bürger hören wollen, sie gebe als Wahrheit aus, was bloße Meinung sei und oft ziele sie nur darauf ab, die Zuhörer zu verwirren und zu betrügen. Platon beharrte hingegen darauf, dass es eine Wahrheit gebe und dass sie ausgesprochen werden müsse. Für das Erkennen der Wahrheit sei die Philosophie zuständig und nicht die Rhetorik.

Aristoteles sah die Angelegenheit wieder entspannter. Das Wissen der Rhetorik ist minderes, aber nicht überflüssiges Wissen; nicht das gesicherte Wissen der *episteme*, sondern das Wissen der Meinung, der *doxa*. Aber gerade darüber zu reden sei erforderlich, während über das sichere Wissen zu reden unnötig sei, weil es eben sicher ist. Man sieht unschwer, dass hinter diesen uralten antiken Kontroversen die gleichen Frontstellungen verborgen sind, die auch im politischen Alltag des 21. Jahrhunderts wieder aufbrechen.

Aber die Lügen des Präsidenten berühren nicht nur den altbekannten Bereich der Rhetorik; sie führen vielmehr in den Kernbereich des Politischen hinein. Die US-amerikanische Philosophin Hannah Arendt hat 1972 aus gegebenem Anlass ihren Aufsatz „Lying in Politics“, zu Deutsch „Die Lüge in der Politik“, veröffentlicht. Anlass für den Aufsatz war die Publikation der „Pentagon-Papers“ im Jahr zuvor, einer Studie aus dem US-amerikanischen Verteidigungsministerium, welche die Hintergrundaktivitäten und Fehleinschätzungen der US-Administration während des Vietnam-Kriegs offenlegte. Die Publikation machte deutlich, dass die amerikanische Öffentlichkeit über die Gründe und den Verlauf des militärischen Engagements in Vietnam systematisch getäuscht und offensiv belogen worden war. Von den Lügengeschichten, mit denen später der Irakkrieg motiviert wurde, konnte die Philosophin noch nichts wissen. Ihr erster Befund lautete: „Wahrhaftigkeit zählte niemals zu den politischen Tugenden, und die Lüge galt immer als erlaubtes Mittel der Politik“. Das ist trivial; eine einfache historische Beobachtung. Wesentlich origineller ist die Feststellung, dass Lügen nicht nur erlaubt, sondern dass die Fähigkeit zum Lügen die Voraussetzung für erfolgreiches politisches Handeln sei.

Denn Lügen bedeutet, sich über die Tatsachen hinwegzusetzen; Lügen setzt genau wie das politische Handeln eine Einbildungskraft voraus, welche die Wirklichkeit hinter sich lässt und neue Gestaltungsräume eröffnet. Dass der US-Präsident über eine politische Einbildungskraft verfügt, die es ihm erlaubt, ausgetretene Sackgassen mit kühnen, manchmal durchaus auch zu kühnen Ideen und Initiativen zu vermeiden, wird man nicht bestreiten. Nicht jede Lüge lässt sich auf diese Weise adeln; die normale Lüge im normalen Politikbetrieb dient anderen Zwecken, wie Hannah Arendt weiter ausführt. In erster Linie sind politische Lügen, wenn sie systematisch vorgebracht werden, ein Mittel der Image-Pflege, mit der die Wirklichkeit zurechtgebogen wird, um dem eigenen, oft nur zufälligen Umständen gehorchenden Handeln den Schein der Sinnhaftigkeit zu verleihen.

Ein langhaariger bayerischer Bundestagsabgeordneter stellte im März 2025 in einer Fernsehgesprächsrunde vor einem Millionenpublikum unverblümt fest, der 10. deutsche Bundeskanzler habe sich „an die Macht gelogen“. Das kann man so sehen angesichts der Tatsache, dass dieser Bundeskanzler in dem Wahlkampf, der ihn am Ende ins Amt brachte, das Gegenteil dessen versprochen hat, was er dann unverzüglich ins Werk setzte. Eigentlich wäre ein solcher ehrenrühriger „Lügen“-Vorwurf ein Fall für den § 188 des Strafgesetzbuches, der die Verächtlichmachung von Personen des öffentlichen Lebens – gemeint sind Politiker – unter Strafe stellt. Der bayerische Politiker hatte jedoch weder eine Hausdurchsuchung noch eine Gefängnisstrafe zu gewärtigen, da der Vorwurf der Lüge unter Politikern kaum als ehrenrührig gelten kann. Das ergibt sich auch daraus, dass der besagte Bundestagsabgeordnete selbst Beihilfe zu dieser Lüge geleistet hat – der Wortbruch des designierten Bundeskanzlers wurde nur dadurch möglich, dass der bayerische Politiker und seine Parteigenossen ihn dabei unterstützt haben. Es hat jedenfalls einen eigenen Reiz, wenn ein Lügner einen anderen Lügner als Lügner beschimpft; und in dieses erheiternde Schauspiel sollte die Strafjustiz nicht störend eingreifen.

Der Frankfurter Rechtsanwalt Ulrich Fischer hat die Bundestagswahl vom Februar 2025 vor dem Wahlprüfungsausschuss des Bundestags angefochten. Dabei hat er sich nicht nur auf die offenkundigen und allseits bekannten Wahlverstöße und Unregelmäßigkeiten berufen, die bei dieser Wahl ein in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht bekanntes Ausmaß angenommen hatten. In der Geschichte der DDR sah das bekanntlich anders aus. Der Anwalt beruft sich auf ein

in der Politik- und Rechtswissenschaft und erst recht in der breiten Öffentlichkeit unbekanntes Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 2003 zu einer Kommunalwahl. Das Gericht hatte allen Ernstes festgestellt, dass „amtliche Stellen“ zur Wahrheit in ihren Äußerungen verpflichtet seien und dass ein Verstoß gegen das ihnen „obliegende Wahrheitsgebot“ im Zusammenhang mit Wahlen ein Wahlanfechtungsgrund sei: „Die Wahrheit ist als Rahmenbedingung individueller Autonomie unentbehrlich“, heißt es, und diese Autonomie ist wiederum Voraussetzung für den freien Wahlakt des mündigen Bürgers.

Dass diese Wahlanfechtung weder vor dem Wahlprüfungsausschuss noch vor dem Bundesverfassungsgericht die geringste Chance hat, versteht sich von selbst – Juristen lassen ihre Urteile nicht gerne am Wortlaut von Gesetzen oder den Urteilen von Richterkollegen messen. In diesem Fall ist das auch gut so. Denn ernstlich die „Wahrheit“ als verpflichtende Leitkategorie in den Raum politischen Handelns einführen und die „Lüge“ ächten zu wollen, wäre ein Kulturbruch. Man kann es schwer nachprüfen, aber ein oberflächlicher Blick in die Geschichte zeigt, dass man in früheren Jahrhunderten gar nicht auf den Gedanken gekommen ist, Politiker der „Lüge“ zu bezichtigen, weil Wahrhaftigkeit keine Kategorie und erst recht kein Kriterium für die Beurteilung politischen Handelns war. Machiavelli stellte im 18. Kapitel seines umstrittenen Buches „Il Principe“, „Der Fürst“, die Frage: „Inwieweit Fürsten ihr Wort halten müssen?“ Sie müssen es nicht, lautet die Antwort, aber sie tun gut daran, den Schein zu erwecken, dass sie es täten. Erst recht gilt das für den politischen Sonderbereich der Diplomatie. Hier gilt die der Lüge eng verwandte Kunst der Täuschung, des Verbergens und der Verstellung geradezu als berufsethische Tugend.

Die Lügen der Philosophen und Theologen

Dass Politiker notorische Lügner sind, gilt als ausgemacht, und dass sie auch lügen dürfen, wird ihnen auch oft zugestanden. Im privaten Umgang sieht das etwas anders. Man sollte erwarten, dass die Theologen und die Philosophen hierzu Verbindliches zu sagen gehabt hätten. Aber tatsächlich haben die großen Religionen ein erstaunlich entspanntes Verhältnis zur Lüge, und auch die Philosophen streifen das Thema nur am Rande. Eine zwei- bis dreitausend Jahre alte Erfahrung mit

menschlichen Verhältnissen hat sie gelehrt, dass ein Absolutismus der Wahrheit jedes Zusammenleben unmöglich machen würde.

Im Dekalog des 3. und 5. Buch Mose, volkstümlich die „Zehn Gebote“ genannt, findet sich eine Vorschrift, die im Alltagsgebrauch als „Du sollst nicht lügen“ bekannt ist. Tatsächlich lautet das entsprechende Gebot, das mal als achttes, mal als neuntes gezählt wird, in Luthers Übersetzung: „Du sollst kein falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten“. Das wird sich über die Jahrhunderte so fortsetzen: Zur Lüge wird die Unwahrheit nicht schon, weil sie Unwahrheit ist, sondern weil sie anderen zum Schaden gereicht. Eine besonders ausgereifte Theorie der Lüge haben die großen christlichen Konfessionen nicht entwickelt. Der einflussreiche Kirchenvater Augustinus schrieb ein eigenes Buch über die Lüge, „De mendacio“, mit dem er selbst aber nicht recht zufrieden war. Immerhin entwirft er eine interessante Hierarchie der Lügen: Erlaubt ist keine von ihnen, aber im Grad ihrer Sittenwidrigkeit sind sie deutlich unterschieden. Augustinus verweist auch darauf, dass nicht jede Unwahrheit schon eine Lüge ist. Der Sprecher muss sich der Unwahrheit bewusst sein und er muss eine Täuschungsabsicht gegen sein Gegenüber haben. Wenn aber diese Voraussetzungen gegeben sind, dann ist jede Lüge verwerflich, weil durch sie das Seelenheil verwirkt wird. Augustinus' Lehre von der Lüge ist ein etwas missratener Kompromiss zwischen dem ethischen Rigorismus, den ein religiöses Gebot haben muss, und den Erfordernissen einer Lebenswelt, in der Lügen nun einmal vorkommen und manchmal auch vorkommen müssen. Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich auch in der Folgezeit sowohl die philosophische wie die theologische Diskussion um die Lüge, wobei freilich die rigoristische Position immer weiter zugunsten der pragmatischen zurückgedrängt wird.

In der philosophischen Theoriegeschichte der Lüge nimmt ein Text Immanuel Kants einen prominenten Platz ein. In seinem berühmten Aufsatz „Über ein vermeintes Recht, aus Menschenliebe zu lügen“ von 1797 unterwarf er alle Menschen in jeder Situation einem unbedingten Wahrheitsgebot. Selbst wenn eine Lüge ein Menschenleben retten könne, dürfe sie nicht ausgesprochen werden, denn die Lüge verletze die Würde des Menschengeschlechts. Ganz wohl fühlte sich Kant mit dieser Argumentation nicht, denn dem aus dem Systemzwang des „kategorischen Imperativs“ abgeleiteten absoluten Lügenverbot schiebt er empirische Argumente von schwacher Überzeugungskraft hinterher: Die Wahrheit könne entgegen dem

Wissen des Sprechers aufgrund zufälliger Umstände doch zur Rettung des Gefährdeten führen; man müsse eben nur Glück haben. Auch in der „Metaphysik der Sitten“ und an anderen Stellen untermauert er das absolute Lügenverbot. Die Lüge sei der „eigentliche faule Fleck in der menschlichen Natur“, heißt es in der Schrift zum „Ewigen Frieden“.

Ausgangspunkt seines Aufsatzes über die Lüge war ein Artikel des französischen Philosophen Benjamin Constant. Constant vertrat die Standardauffassung der Aufklärung, die sich seit einem Jahrhundert fest etabliert hatte. Von einer Lüge spricht sie nur dann, wenn sie einem anderen Menschen zu Schaden gereicht; so etwa formuliert es der frühaufklärerische Philosoph Christian Wolff ganz im Sinne von Benjamin Constant. Diese pragmatische Auffassung ist eine Errungenschaft der neuzeitlichen Staatstheorie, die sich von ihren religiösen Fundamenten gelöst hat – sich von ihnen lösen musste, um den selbstzerstörerischen Religionskriegen ein Ende zu bereiten. In seinen vorkritischen Dozentenjahren hatte auch Kant die Sache etwas menschenfreundlicher und realitätsnäher beschrieben: In seiner „Vorlesung über Moralphilosophie“ aus den 1770er Jahren gesteht er dem Menschen das Recht zu, „sich zurückzuhalten und zu verbergen“. Das sei in der Natur des Menschen angelegt und es könne auch nicht anders sein: Denn „der Mensch soll nicht ganz offen sein, weil er voll Gebrechen ist“.

Hundert Jahre nach Kants Vorlesung über Moralphilosophie nimmt die philosophische Behandlung der Lüge eine dramatische Wendung, die freilich zunächst kaum wahrgenommen wurde. 1873 schrieb der Basler Professor für Altphilologie, Friedrich Nietzsche, im Alter von 29 Jahren einen Aufsatz, der seine epochale Wirkung wiederum erst ein rundes Jahrhundert später entfaltete. Der Titel fand dann eine populäre, fast sprichwörtliche Verbreitung: „Ueber Wahrheit und Lüge im aussermoralischen Sinne“. Veröffentlicht wurde der Aufsatz erst 1896 im 10. Band der 2. Abteilung der Werkausgabe, also an ziemlich versteckter Stelle. Die Grundgedanken dieses Aufsatzes kehren aber auch in den vorher schon publizierten Werken Nietzsches an verstreuten Stellen immer wieder.

Jetzt geht es um das Verhältnis von „Wahrheit“, „Wirklichkeit“ und „Sprache“. Die Sprache sei ein Medium der Täuschung; sie gaukele den Menschen eine Wirklichkeit vor, die nur in der Sprache existiert. Was die Menschen für „Wahrheit“ halten, ist nur eine Suggestion der Sprache, aber keine lügenhaft-verwerfliche, sondern eine

notwendige, weil lebensdienliche und lebenserhaltende Suggestion. In einem seiner nachgelassenen Fragmente fasst Nietzsche den Befund bündig zusammen: Es gibt keine „Thatsachen“, es gibt nur „Interpretation“. Seine Wirkung entfaltete dieser Gedanke erst, als er durch die poststrukturalistischen Franzosen, allen voran Jacques Derrida, wiederentdeckt wurde und dann auf dem Umweg über die USA in etwas grobschlächtiger Verballhornung wieder in Deutschland Fuß fasste.

Seit Nietzsche und seiner Rezeption durch Poststrukturalismus und Dekonstruktivismus ist die philosophische Frage nach der Wahrheit ziemlich kompliziert geworden. Thomas von Aquin hatte in antiker Tradition die klassische Wahrheitsdefinition formuliert: „Adequatio intellectus et rei“: Übereinstimmung von Verstand und Sache; später wird man übersetzen: Übereinstimmung von Aussage und Sache.

Das klingt bestechend, lässt aber die Frage offen, woher man denn weiß, ob eine Aussage mit der Sache übereinstimmt. Diese Frage ist bis heute nicht beantwortet worden. Dieser Befund ist keinesfalls das Privileg überspannter postmoderner und postkolonialer Philosophinnen beiderlei Geschlechts. Auch die Gegenseite, der harte Kern der aus dem Wiener Kreis hervorgegangenen Wissenschaftstheoretiker, der Logiker, Mathematiker und Naturwissenschaftler hat sich damit abfinden müssen. Die Symbolsysteme der Sprache, der Mathematik, der Logik haben keine Berührung mit der physischen Wirklichkeit. Auch Poppers verführerische und so populär gewordene Lösung des Induktionsproblems hat diese Hürde nicht überwinden können. Man könne, so hieß diese Lösung, allgemeine Gesetzaussagen nicht beweisen, wohl aber könne man sie widerlegen – das Wort „falsifizieren“ fließt heute jedem Faktenchecker mühelos aus der Feder. Theorien müssen mit beobachtbaren Tatsachen konfrontiert werden, das ist allgemein akzeptiert. Aber wie man Aussagen über die Wirklichkeit machen kann, wusste auch Popper nicht, Er nannte solche Aussagen „Basissätze“, und er behauptete gar nicht erst, dass sie die Wirklichkeit adäquat abbilden. „Basissätze“ sind Grundsatzsätze, auf die sich Wissenschaftler geeinigt haben – also pure, wenn auch begründete, Konventionen, die jederzeit durch andere abgelöst werden können.

Die Naturwissenschaftler haben diese Grundlagenfragen irgendwann einmal liegen lassen und an die Sprachphilosophie delegiert, die sich seitdem mit der Frage abquält, wie man mit Sprache wahre Aussagen über die Wirklichkeit machen kann.

Das alles scheint weitab vom Feld des Politischen zu liegen. Aber in der wissenschaftlich-technischen Zivilisation sind Wissenschaft und Politik symbiotisch verbunden; die Wahrheitsfragen der Wissenschaft ragen auch in die Politik und die Gesellschaft hinein. .

Die Wahrheit der Wissenschaft: Alternative Fakten

Die aktuelle Politik im 21. Jahrhundert geht den umgekehrten Weg: Sie bedient sich der Wissenschaft, um die Demokratie zu entkernen. Die brisanten, ideologisch stark aufgeladenen politischen Diskussionen der Gegenwart versuchen ihre ideologische Aufladung zu verbergen, indem sie auf politische Fragen wissenschaftliche Antworten geben. Fakten seien Fakten, behaupten sie, und Fakten seien nun einmal jeder politischen Diskussion entzogen, gleichviel, ob es nun um epidemiologische oder um meteorologische Phänomene gehe.

Nun bedarf es einer gewissen, allerdings weitverbreiteten Grundnaivität, um zu glauben, dass Fakten Fakten sind. Schon die Herkunft des Wortes sollte hellhörig machen: das lateinische Wort „factum“ bedeutet: das Gemachte. Fakten sind gerade nicht das, was unumstößlich einfach da ist und wahrgenommen werden kann, Fakten sind Aussagen über die Wirklichkeit, die unter bestimmten Rand- und Rahmenbedingungen zustande gekommen sind. Am Ende erweist sich die Pressesprecherin des US-Präsidenten als die bessere Philosophin denn die Heerscharen von Journalisten, Faktencheckern und Universitätswissenschaftlern, die sich über ihre „alternativen Fakten“ gar nicht genug belustigen konnten.

Der im galizischen Lemberg geborene jüdische Immunologe und Wissenschaftstheoretiker Ludwik Fleck veröffentlichte 1935 in Basel sein wissenschaftstheoretisches Grundlagenwerk „Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache“. Hier verarbeitete er seine praxisnahen Laborerfahrungen – die er später zwangsweise in den Konzentrationslagern Auschwitz und Buchenwald fortsetzen musste – zu einer wissenschaftstheoretischen Fundamenteinsicht: Wissenschaftliche Tatsachen sind Produkte sozialer Konstellationen; Fleck spricht von „Denkkollektiven“, die wiederum einen je eigenen „Denkstil“ hervorbringen, wie zum Beispiel das Konzept „Klimawandel“ oder „Corona“. Das in diesen Denkkollektiven erzeugte Wissen wird populär, es dringt in die alltägliche Lebenswelt

ein und erhält erst dort jene „Gewißheit, Einfachheit und Anschaulichkeit“, die genuin wissenschaftliches Wissen nie haben kann.

Die Pointe von Flecks Argumentation ist nun die Beobachtung, dass dieses zur Gewissheit gewordene Alltagswissen in die Wissenschaft zurückkehrt. Die Wissenschaft erlegt sich nun selbst die Verpflichtung auf, sicheres Wissen zu produzieren, obwohl sie weiß, dass sie es nicht kann: „Wahrheit“ erscheint jetzt als objektive Qualität. Unter diesem Diktat teilen sich die Wissenschaftler in zwei Klassen: „in schwarze Charaktere, die die Wahrheit verfehlen und in weiße, die sie finden“, wie Fleck schreibt. Man kann es auf eine vereinfachte Formel bringen: Wissenschaftliches Wissen ist stets dem Zweifel unterworfen, Alltagswissen ist zweifelsfrei.

Fleck notierte diese Befunde 1935 aufgrund seiner Erfahrungen mit der medizinischen, besonders der epidemiologischen Forschungspraxis. Die 20er Jahre des 21. Jahrhunderts mit ihrer Klima- und Coronaforchung hätten ihm reiches Anschauungsmaterial für die Richtigkeit seiner These vom Zwang der „Denkkollektive“ gebracht. Die politischen Auswirkungen konnten ihm damals allerdings noch nicht in ihrer ganzen Drastik vor Augen stehen. Heute gehören seine Einsichten zum Standardwissen der Wissenschaftstheorie.

Tatsachen, wie auch immer sie zustande gekommen sind und wie viele es auch immer sein mögen, können nur dann politische Bedeutung gewinnen, wenn sie sich in ein sinnstiftendes Gedankengebäude einfügen lassen. Wenn ein solches Gedankengebäude die größtmögliche Geschlossenheit erreicht hat, spricht man von „Ideologien“, die in ihrer höchsten Vollendungsstufe Tatsachen absorbieren und am Ende überflüssig machen. Solche Ideologien gibt es und kann es nur geben in totalitären Gesellschaftssystemen.

Die Lügen der Ideologen

In den Jahren 1936 bis 1938 fanden in Moskau vier Prozesse gegen rund 60 hochrangige Parteifunktionäre der Kommunistischen Partei der Sowjetunion statt. Die Anklage lautete auf Verschwörung gegen Stalin und die kommunistische Partei. Alle Angeklagten waren treue Gefolgsleute Stalins und überzeugte Anhänger der kommunistischen Partei – überzeugt bis in den Tod. Vor dem Gericht legten sie

Geständnisse ab, sie bekannten sich zu den ihnen zur Last gelegten Taten. Drei der Angeklagten wurden hingerichtet, die anderen wurden zu jahrzehntelanger Deportation und Zwangsarbeit verurteilt, welche die meisten nicht überlebten.

Außenstehenden Beobachtern war klar, dass die Anklage unberechtigt und die Geständnisse falsch waren. Das ist nicht überraschend. Dass ein totalitärer Staat keine Skrupel hat, politische Gegner mit falschen Anklagen auszuschalten, ist bekannt, ebenso, dass ihm Mittel zu Gebote stehen, mit denen sich Geständnisse erzwingen lassen – von der Folter über die Gehirnwäsche bis hin zur Bedrohung von Angehörigen und Sippenhaft. Das Besondere an diesen Prozessen war jedoch, dass die falschen Geständnisse offenbar freiwillig abgelegt wurden. Die Angeklagten haben gelogen. Das ist noch nichts Besonderes. Angeklagte lügen, um sich einer Verurteilung zu entziehen, und im rechtsstaatlichen Strafprozess dürfen sie das auch. Aber in Moskau hatten sie gelogen, um sich selbst der Todesstrafe auszusetzen. Spätere Historiker haben daran gezweifelt, ob die Selbstbelastung der Angeklagten wirklich so freiwillig war, wie es den Zeitgenossen erschienen ist, aber diese Frage ist im Nachhinein nicht mehr zu klären.

Warum die Angeklagten zu ihrem eigenen tödlichen Nachteil gelogen haben könnten, versucht Arthur Koestler in seinem berühmten Roman „Darkness at noon“, zu Deutsch „Sonnenfinsternis“, zu erklären. Sie haben gelogen, weil sie von der höheren Wahrheit ihrer Sache überzeugt waren. Koestler gehörte zu den vielen Renegaten unter den vormals stalintreuen westeuropäischen Intellektuellen. Unter dem Eindruck der Moskauer Prozesse und vor allem des späteren Hitler-Stalin-Paktes wandte er sich vom Stalinismus ab.

Aber im Kreise seiner ehemaligen Genossen wurden die Vorgänge in den Moskauer Prozessen keineswegs als Skandalon empfunden. Sie fügten sich vielmehr harmonisch ein in eine Parteidoktrin, die bis zum Untergang des sowjetisch dominierten Ostbereichs Gültigkeit behielt. Lenin hat sie bereits 1905 formuliert. Hier ist dann nicht mehr von „Lüge“ die Rede, sondern von Parteilichkeit. „Parteilosigkeit“ und Objektivität seien bürgerliche Ideen, hatte Lenin deklariert, „Parteilichkeit“ hingegen sei „eine sozialistische Idee“. Lenin gehört der Vergangenheit an. Die auf seine Theorien sich gründenden Gesellschaftssysteme sind sang- und klanglos untergegangen, nachdem sie genügend Unheil angerichtet haben. Vergessen ist aber der Vorschlag Lenins nicht. Wissenschaft versteht sich heute wieder ganz

ungeniert als parteiliche Wissenschaft mit der Pflicht zum politischen Aktivismus, und die „Postcolonial Studies“, speziell mit ihrem radikalen Ausläufer der „Critical Race Theory“, haben eine noch weit über das „Parteilichkeits“-Postulat hinaus gehende und bisher nur im „Dritten Reich“ bekannte Prämisse in die Wissenschaftspraxis eingebracht: eine ethnisch definierte Zugangsregelung für den wissenschaftlichen Diskurs. Erkenntnisfähig ist nach dieser Doktrin nur, wer die rassistischen, nämlich nicht-weißen Voraussetzungen dafür mitbringt.

Dass ein ganzes Gesellschaftssystem wie das sowjetische und das national-sozialistische auf einer Lüge, oder, genauer gesagt, auf einem komplexen Lügengeflecht, aufbaut, ist eher eine historische Ausnahme. Die historische Regel ist aber, dass speziell Demokratien im besonderen Maße für die politische Lüge anfällig sind. Das muss nicht immer schlimme Folgen haben. Im Gegenteil. Die Lüge wird erwartet, geradezu verlangt und umso erstaunter und befremdeter sind die Stimmbürger, wenn ein Politiker einfach die Wahrheit sagt. Dabei sind die Ansprüche an die Glaubhaftigkeit der Lüge nicht einmal besonders groß, und wie es aussieht, sind sie in den letzten Jahren noch geringer geworden. „Mundus vult decipi“, „die Welt will betrogen sein“, wusste man schon in der Frühen Neuzeit; die Formel wird übrigens einem Papst zugeschrieben, und der wird wohl gewusst haben, wovon er redet.

Seit damals ist dieser Befund aber auch Gegenstand kritischer Reflexion gewesen. Francis Bacon, einer der Begründer der neuzeitlichen Naturwissenschaft, entwarf bereits im 17. Jahrhundert eine recht anspruchsvolle „Idolenlehre“, mit der er die kollektive Täuschungsbereitschaft erklären wollte; und in der Aufklärung hatte man sich die schlichte Theorie des „Priestertrugs“ zurechtgelegt, um das sonderbare Phänomen zu erklären, dass die Menschen sich partout nicht aufklären lassen wollten. Später nannte man das „Ideologie“, „notwendig falsches Bewußtsein“.

Es bleibt aber ein Rätsel, dass auch in den westlichen Demokratien des 21. Jahrhunderts mit ihrem historisch beispiellos hohen Bildungsgrad und dem praktisch unbegrenzten Zugang zu Informationen die Bevölkerung sich immer noch mit den primitivsten Techniken politischer Propaganda hinters Licht führen lässt. Die Rolle der Medien in diesem Zusammenhang ist oft genug untersucht worden. Einer der ersten Theoretiker der modernen Medienwelt war Günther Anders mit seinem Buch über die „Antiquiertheit des Menschen“ von 1956. Scharfsichtig beobachtete er,

dass in den westlichen Demokratien die Bildmedien einen wirklichkeitsprägenden Einfluss zu gewinnen begannen. Sie haben eine neue Qualität in die mediale Legitimation politischer Herrschaft gebracht. Ihre Lüge lügt nicht gegen die Wirklichkeit, sondern mit Hilfe der Wirklichkeit. Die Bildmedien errichten eine mediale „Lügenwelt“, so schreibt er, die sich „aus Wahrheiten zusammensetzt“. Nichts ist gefälscht, und das Gesamtbild ergibt doch eine Fälschung der politisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit. Was Günther Anders gemeint hatte, ließ sich im Laufe des letzten Jahrzehnts überdeutlich beobachten: Die Bilder der Flüchtlingskinder am Münchener Hauptbahnhof im September 2015 und sechs Jahre später die Bilder der Militärkonvois von Bergamo mit ihren unsichtbaren Corona-Toten und schließlich der Eisbär auf seiner einsamen Scholle haben mehr politisches Unheil angerichtet als die Summe aller Politikerlügen.

Welche Rolle diese Bildwelten bei der Inszenierung gefälschter Wirklichkeit spielen, ist hinlänglich bekannt: Sie sprechen die Emotionen an und legen den Verstand lahm. Kaum untersucht sind jedoch die legitimatorischen Herrschaftstechniken, mit denen der Verstand gleichermaßen angesprochen wie betrogen wird.

Die Wahrheit der Statistiker

Im Juli 2025 ging eine Schockwelle durch die deutschen Qualitätsmedien. Ausgelöst wurde sie wiederum vom US-amerikanischen Präsidenten. Er hatte die Leiterin des für die Arbeitsmarktstatistik zuständigen Bundesamtes entlassen. Ein solcher Angriff auf eine wissenschaftlich arbeitende Behörde sei nur in Diktaturen üblich, hieß es. Nun haben solche Entlassungen in der Tat immer einen etwas unguuten Beigeschmack. Aber wer sich gleich an Stalin erinnert fühlt, sollte sich vor Augen führen, dass diese Behördenleiterin eine politische Beamtin ist, die vom Vorgänger des Präsidenten eingesetzt worden war. Ob die Vorwürfe des aktuellen Präsidenten berechtigt sind, sie habe damals die Zahlen geschönt, um seiner Präsidentschaftskonkurrentin ins Amt zu verhelfen und nun habe sie die Zahlen ins Negative verfälscht, um ihm zu schaden, weiß man nicht. Sehr wahrscheinlich ist es nicht. Aber ob der Präsident nun recht hatte oder nicht – man kann ihm auf jeden Fall bescheinigen, dass er die politische Macht der Zahlen erkannt hat, beim Versuch allerdings, die Herrschaft über sie an sich zu reißen, recht plump vorgegangen ist. Da gibt es feinere Methoden.

Statistiker gelten als Gralshüter unbestechlicher, weil in Zahlen ausgedrückter Wahrheiten. Aber dieser Ruf ist unverdient, denn tatsächlich ist die statistische Fälschung die Zwillingschwester der politischen Lüge. Die Herrschaft durch Zahlen ist ein zentrales Instrument der Ausübung politischer Macht im 21. Jahrhundert geworden. Wenn sie systematisch erhoben und für Herrschaftszwecke genutzt werden, nehmen sie eine Mittelstellung ein zwischen den geschlossenen Systemen der totalitären Ideologien und den isolierten Fakten, welche die Wissenschaft hervorbringt. Michel Foucault hat diese Form der Herrschaftsausübung als „Biomacht“ beschrieben, die sich als „Gouvernementalität“ konkretisiert. „Gouvernementalität“ ist die „Art und Weise“, mit der das Verhalten der Menschen gesteuert wird. Sie beruht auf verwaltungsförmigem, überwiegend statistischem Wissen, das umfassende Informationen über die Zusammensetzung der Bevölkerung bereithält. Mit Zahlensystemen dieser Art wird Herrschaft direkt ausgeübt, und zugleich wird mit ihnen Herrschaft legitimiert; das eine spielt jeweils in das andere hinein.

Die Technik ist uralte. An prominenter Stelle, im Lukas-Evangelium, wird bereits berichtet, dass der Kaiser Augustus eine Volkszählung angeordnet hatte. In den deutschen Territorien werden seit dem 16. Jahrhundert Personenstandsdaten in Kirchenbüchern systematisch erfasst, weil man damals noch gerne wissen wollte, wer sich im Land aufhielt. Diese statistischen Erfassungen wurden routiniert durchgeführt und von den Betroffenen kaum wahrgenommen, geschweige denn politisch in Zweifel gezogen.

Auch in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik spielten statistische Zahlenwerke nur eine geringe politische Rolle. Einen gewissen Einfluss auf die öffentliche Meinung hatten allenfalls die Arbeitslosenstatistiken und die Inflationsrate. Das waren Zahlen, die von Behörden erhoben, öffentlich mitgeteilt und vom Publikum im Wesentlichen auch geglaubt wurden. Allzu große Gedanken über die Methodik der Zählung und die Aussagekraft der Ergebnisse hat man sich nicht gemacht. Dass Zahlen systematisch gefälscht sein könnten, wäre ein Verdacht gewesen, der keine öffentliche Resonanz gefunden hätte.

In der DDR sah das anders aus. Die Planwirtschaft des wissenschaftlichen Sozialismus basierte auf gewaltigen Zahlenwerken, in denen wirtschaftliche Erwartungshaltungen und die ökonomische Leistungsfähigkeit des Staates

gemessen wurden; das waren Zahlen, die öffentlich detailliert und ausschließlich als Erfolgsmeldungen propagiert wurden. Jeder wusste, dass diese Zahlen Fälschungen waren. Sie wurden nach dem Prinzip erstellt, das der DDR-Autor Christoph Hein im September 1989 in seiner Rede bei einem Treffen des DDR-Schriftstellerverbandes die „Fünfte Grundrechenart“ genannt hat: Zuerst wird das gewünschte Ergebnis unter dem Strich hingeschrieben, dann werden die dazu passenden Zahlen gesucht und über dem Strich notiert. Das ist übrigens das gleiche Prinzip, auf dem auch die Berechnungen der bundesrepublikanischen „Energiewende“ beruhen.

Wahrscheinlich waren es die Pisa-Studien, deren erste 2001 erschien, die auch in Westdeutschland der Durchdringung des politischen Raumes durch statistische Zahlen den Weg bereitet haben. Es dürfte allerdings eher ein Zufall gewesen sein, dass diese Entwicklung im Bildungsbereich ihren Anfang genommen hat. Mit der rasanten Verfügbarkeit immer gewaltigerer Rechnerkapazitäten war es nur eine Frage der Zeit, bis sich dieses Politik- und Herrschaftskonzept durchsetzen würde. Wenn man mit Papier und Bleistift oder mit Rechenschiebern und Taschenrechnern die gewaltigen Datenmengen hätte bearbeiten müssen, hätten sich nur wenige Unentwegte an den deutschen Universitäten gefunden, die dazu bereit gewesen wären oder es auch nur gekonnt hätten. Durch den Erfolg der Pisa-Studien wurde auch das grundlegende Misstrauen unterlaufen, das in Westdeutschland traditionell gegen die Massenerhebung bevölkerungspolitisch relevanter Daten bestand und das im Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1983 kodifiziert wurde

Diese Befürchtungen blieben abstrakt. Sie führten zu sehr rigiden Datenschutzbestimmungen, spielten im Leben des individuellen Staatsbürgers aber kaum eine Rolle. Erst mit dem Corona-Regime wurde deutlich, welche repressive Macht der politischen Statistik innewohnt. In diesem Fall wurde sie von der medizinischen Statistik exekutiert. Dass man zur Bekämpfung von Seuchen statistische Bevölkerungsdaten braucht, liegt auf der Hand, was man mit diesen Daten aber alles anfangen kann, wurde erst um 1940 wieder entdeckt. In ihrem wichtigen Buch über die „Restlose Erfassung“ – so der Titel – der Bevölkerung im „Dritten Reich“ haben Götz Aly und Karl Heinz Roth das enorme Machtpotential der Bevölkerungsstatistik als Herrschaftsinstrument im Nationalsozialismus aufgewiesen. Es zielte vor allem darauf, Außenseiter zu definieren, auszugrenzen, zu inhaftieren, zu deportieren und zu ermorden.

Aly und Roth haben die personelle Kontinuität aufgezeigt, die vom 1945 aufgelösten „Statistischen Reichsamt“ zum 1948 wieder neu gegründeten „Statistischen Bundesamt“ führten. Einer der führenden Köpfe des neuen Bundesamtes war Siegfried Koller, der später auf eine Professur am neugeschaffenen Lehrstuhl für medizinische Statistik an der Universität Mainz weggelobt wurde. Medizinische Statistik war schon im „Dritten Reich“ sein Spezialgebiet gewesen: Diesem Thema hat er 1941 zusammen mit einem Co-Autor ein großes Standardwerk gewidmet. Es trägt den Titel „Die Gemeinschaftsunfähigen. Ein Beitrag zur wissenschaftlichen und praktischen Lösung des sogenannten ‚Asozialenproblems‘“.

Nachdem sich diese Disziplin der medizinischen Statistik im „Dritten Reich“ gründlich die Finger verbrannt und braune Flecken bekommen hatte, machte man in der Bundesrepublik von den politischen Möglichkeiten solcher Forschung keinen, zumindest keinen öffentlich wahrnehmbaren Gebrauch. Erst in den Corona-Jahren konnten die Medizinstatistiker wieder ihre Nützlichkeit beweisen, diesmal unter Federführung des dafür völlig ungeeigneten „Robert Koch-Instituts“. Der Impfpass, der in Deutschland traditionell ausgerechnet auf gelbem Papier gedruckt wird, wurde zum Kriterium, mit dem sich die einen von den anderen unterscheiden lassen. Das wiederum diente zur Zuweisung von ungleichen Rechten und zur öffentlichen Stigmatisierung einer Personengruppe, auf die man mit den Fingern zeigen sollte. Die Begriffe mussten nicht einmal neu erfunden werden. Der Politiker einer Partei, die das Wort „Frei“ in ihrem Parteinamen trägt und die inzwischen dort angekommen ist, wo sie hingehört, konnte ungerügt Ungeimpfte als „gefährliche Sozialschädlinge“ bezeichnen.

Die Grundlage für diese Praktiken waren statistische Erhebungen, die politisch, juristisch, medial und fast in der gesamten Öffentlichkeit den Status von unbezweifelbaren Glaubenssätzen hatten. Tatsächlich jedoch waren die Inzidenz- und R-Werte, mit denen die Bevölkerung eines 84-Millionenlandes kujoniert wurden, ebenso unbrauchbarer Datenschrott wie die öffentlich verbreiteten Belegungszahlen von Intensivbetten und von Corona-Todesfällen. Erstaunlich ist nicht nur die Unverfrorenheit, mit der die Wissenschaft, die Politik und die Behörden diese Zahlen in die Welt gesetzt haben, noch erstaunlicher ist das Vertrauen, das ihnen entgegengebracht wurde. Jedem Absolventen eines deutschen Gymnasiums – und

deren gibt es viele – hätte klar sein müssen, dass diese Zahlen hanebüchener Unfug sind.

Die Statistiker profitierten jedoch von der populären Vorstellung, in Statistiken werde die Wirklichkeit in absoluten und zutreffenden Zahlenwerten erfasst. Sie selbst wissen jedoch sehr genau, dass Statistiken anfällig sind für Fehler aller Art – für Zufallsfehler, systematische Fehler, für Fehler bei der Datenerhebung und bei der Datenauswertung. Erst recht abhängig sind sie von den vorgängigen Definitionen dessen, was erfasst werden soll und von der Interpretation der Ergebnisse, die erzielt wurden.

Neben der Gesundheitsstatistik ist die Kriminalitätsstatistik im Verein mit der Migrationsstatistik ein besonders brisantes Feld geworden. Vor zwei Jahrzehnten spielte die Kriminalitätsstatistik in der öffentlichen Wahrnehmung der deutschen Bevölkerung keine erkennbare Rolle. Seit 1953 wird sie in Westdeutschland jährlich veröffentlicht, größere mediale Aufmerksamkeit findet sie jedoch erst, seit die Bevölkerung Grund hat, sich Sorgen zu machen. In einem funktionierenden Staat westeuropäischer Prägung reicht es, wenn die Bevölkerung aufgrund ihrer Alltagserfahrung Grund hat, sich sicher zu fühlen. Wenn es eine zunehmende Zahl von Einzelfällen gibt, die der Bevölkerung Anlass geben, sich besonders im öffentlichen Raum nicht mehr sicher zu fühlen, dann kommt die große Zeit der politischen Kriminalitätsstatistik. Deren Auftrag ist es, die berechtigten Sorgen der Bürger wegzurechnen und ihnen – was objektiv nicht falsch ist – deutlich zu machen, dass auch bei zunehmender Gewaltkriminalität das Risiko für den einzelnen, von Gewaltakten betroffen zu werden, statistisch relativ gering ist und dass es trotzdem besser ist, sein Alltagsverhalten den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Die blinden Flecken, die Verzerrungen und Verfälschungen der migrationsbezogenen Kriminalitätsstatistik kommen nicht von ungefähr. Sie folgen einem globalen Muster. Im „Migrationspakt“ der UN, den die deutsche Bundeskanzlerin 2018 in Marrakesch unterzeichnet hat, werden die nationalen Regierungen beauftragt, „irreführende Narrative, die zu einer negativen Wahrnehmung von Migranten führen, auszuräumen“.

Eine letzte Steigerung erfuhr diese Form der Herrschaft durch Zahlen in der Klimaforschung. Auch dieser politisch enorm folgenreiche, alles andere überstrahlende Forschungszweig bezieht sein Renommee aus den Zahlen, die er

produziert. Diese Zahlen sind noch weiter von der Wirklichkeit entfernt als die Corona- und Kriminalitätsstatistiken. Denn sie beruhen nur zum Teil auf tatsächlich erhobenen Daten; sie sind vielmehr das Ergebnis von „Modellierungen“, die sich ihre Daten immer dann selbst erfinden und passend zurechtlegen können, wenn die Wirklichkeit das nicht hergibt. Aber es funktioniert. Niemand findet es anstößig, dass Klimaforscher Aussagen über das Erdklima vor 500 000 oder gar 10 Millionen Jahren machen, wobei sie sich nur auf ein paar Eisbohrkerne, auf marine biogene Sedimente oder bronzezeitliche Pfahlbauten stützen können. Das Prinzip ist das gleiche wie bei den Bildmedien, es wird nur noch weiter bis ins Bizarre hinein überdehnt: Diese Modellierungen lügen nicht gegen, sondern mit der Wirklichkeit.

Bertolt Brecht hat diesen sonderbaren Umgang mit der Wahrheit in aphoristischer Kürze in einem Diktum aus dem „Leben des Galilei“ verdichtet: „Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher!“ Nun darf man bei bundesdeutschen Politikern und Medienschaffenden im Regelfall davon ausgehen, dass sie die Wahrheit wirklich nicht kennen. Verbrecher sollte man sie also nicht nennen, aber Schwachköpfe darf man sie auch nicht nennen. Wie also nennt man die, welche die Wahrheit nicht kennen, weil sie sie nicht kennen wollen?

Lügner und Leugner in der Demokratie

Die Standardauffassung der modernen westlichen Demokratie beruht auf der Erwartung, dass sich die Legitimation von Herrschaft „im Medium öffentlicher Diskussionen“ ergebe. Wirklich geglaubt hat sicherlich niemand diese schöne Illusion vom sich selbst aufklärenden Publikum. Denn ihr stehen gegenläufige Erfahrungen entgegen, die sich zusehends verdichten. Die deutsche Bevölkerung wird seit rund zwei Jahrzehnten mit politischen Entscheidungen konfrontiert, deren jede die vorhergehende an Irrationalität noch einmal überbot. Eurorettung, Grenzöffnung, Energiewende und Corona-Maßnahmen sind politische Fehlentscheidungen epochalen Ausmaßes gewesen. Ihre fatalen Auswirkungen auf Generationen hinaus konnten selbst dem durchschnittlichsten Konsumenten auch des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht verborgen bleiben. Aber niemand hat den Regierenden rationale Begründungen für ihre Entscheidungen abverlangt. Die Narrative zur Legitimation dieser Politik, die man dem Publikum anfangs schuldig zu sein glaubte,

die man vielleicht selbst glaubte und die bis hin zur Androhung des Weltuntergangs reichten, haben sich als überflüssig erwiesen.

Aber aus den einst robusten und wirklichkeitsresistenten Ideologien sind kleine Erzählungen mit geringer Überzeugungskraft geworden; und oft sind sie zu bloßen „Narrativen“ mit minimaler Reichweite zusammengeschrumpft. Gemessen an den Ideologiekathedralen der Theologen und der Marxisten nehmen sich die Legitimationsnarrative der Gegenwart wie verstreute Trümmerstücke in einer Ruinenlandschaft aus. Sie sind weder konsistent noch schlüssig, und bei näherer Betrachtung verlieren sie auch jede Überzeugungskraft. Sie erinnern eher an Münchhausen als an Marx oder Thomas von Aquin.

Und anders als die großen Ideologien sind sie keineswegs von einem Verblendungs-zusammenhang geschützt; ganz im Gegenteil wären sie sehr leicht zu durchschauen. Aber daran ist kaum jemand interessiert, solange sich unter dem Schutzschirm dieser Phantasiegebilde gut leben lässt und so lange, wie die Urteilskraft der einzelnen stillgestellt und der gesunde Menschenverstand lahmgelegt werden kann.

Wenn aber die Stimme der Vernunft sich wieder zu Wort meldet, entsteht die Figur des „Leugners“. Der „Leugner“ ist im politischen Raum nicht die Steigerung, sondern das Gegenbild des „Lügners“. Der Lügner baut Scheinwelten auf, die der Leugner in Frage stellt. Scheinwelten dieser Art gibt es inzwischen viele. Sie können sich auf das Wetter beziehen, auf die Gesundheit, auf die Zuwanderung oder auf Kriege in fernen Ländern. Wenn sie in Frage gestellt werden und sie ihre herrschafts-legitimierende Kraft zu verlieren drohen, dann müssen sie durch pure Repression vor dem Zweifel geschützt werden. Diese Repression hat in den modernen westlichen Demokratien längst nicht mehr die Durchschlagskraft der totalitären Systeme; sie ist kleinteilig und punktuell, auch wenn sie im weltumspannenden Maßstab aufzutreten vorgibt.

Wer die Lüge schützen will, muss die Kritik an ihr unterbinden und sie vor „alternativen Fakten“ schützen. Diese „alternativen Fakten“ heißen jetzt „Desinformation“. Im Jahre 2024 ist in der Bundesrepublik der „Digital Services Act“ in Kraft getreten, mit dem die Verbreitung von Desinformation verhindert werden soll. Nach den Vorstellungen der EU-Kommission, die sie in den beigegebenen „Erwägungsgründen“ flüchtig andeutet, versteht sie unter „Desinformation“ falsche

Informationen mit dem Ziel, Schaden anzurichten und öffentliche Güter wie den Schutz der Gesundheit und der Umwelt zu unterminieren.

Den Initiatoren dieser bizarren Regelungen und ihren medialen Helfershelfern schwebt eine Welt vor, in der nur noch die Wahrheit, und zwar die Wahrheit der herrschenden Macht, verbreitet werden darf. Damit erweisen sie sich als illegitime Erbschleicher des kantischen Wahrheitsabsolutismus. In seiner „Kleinen Kulturgeschichte der Lüge“ hat der Kant-Forscher Steffen Dietzsch darauf verwiesen, dass dieser moralische Rigorismus, der permanent zur Entlarvung der Lüge auffordert – gemeint sind immer die Lügen der anderen – seine Wurzeln in einem protestantischen *furor teutonicus* hat. Er muss zu einem „monströsen Mißbrauch des Moralischen“ führen, bis hin zu jenen „Auswüchsen moralistischer Reinheitszumutungen“, welche die politische Diskussion der Gegenwartsgesellschaft beherrschen.

Das Krebsübel der Demokratie sind nicht die Lügen der Politiker. Die gehören zum System. Das Krebsübel ist der Wahrheitsanspruch, den diese Lügen erheben, die von Politikern vorgetragen, von Statistikern gestützt und von der journalistischen Dienstleistungsklasse abgeschirmt werden. Aber in der Demokratie kann es keine Wahrheitsansprüche geben, und wer sie geltend macht, ist ein Betrüger. In seinem Streit mit dem Hamburger Hauptpastor Johann Melchior Goeze fasste der bekannte deutsche Schriftsteller Gotthold Ephraim Lessing im Januar 1778 die aufklärerische Auffassung der „Wahrheit“ in einem Satz zusammen: „Nicht die Wahrheit,“ so schreibt Lessing, „in deren Besitz irgendein Mensch ist oder zu sein vermeinet, sondern die aufrichtige Mühe, die er angewandt hat, hinter die Wahrheit zu kommen, macht den Wert des Menschen“.